



eine unabhängige Initiative für  
Demokratie, Menschenrechte und Klimaschutz

## „IMPRESSIONEN“ aus der NÖ Landtagsitzung vom 23.04.2026



### *#zusammenHaltNÖ is watching you ...*

Unter diesem Motto nahmen auch diesmal wieder Beobachter\*innen an der Landtagsitzung teil – wegen des Landtagssaal-Umbaus allerdings per Video-Stream.

Die Sitzungen werden laut Ankündigung der Landtagsdirektion bis Sommer 2027 im Ausweichquartier des Leopoldsaales stattfinden.

Die **#zusammenHaltNÖ**-Beobachter\*innen kommen aus allen Teilen Niederösterreichs und vertreten unterschiedliche Vereine und Initiativen.

**#zusammenHaltNÖ** bemüht sich um Vernetzung, Austausch von Informationen und Erfahrungen, sowie um die Planung gemeinsamer Aktivitäten und Aktionen.

Wir kommentieren in diesen "IMPRESSIONEN" alle in der Abstimmungsübersicht gelb markierten Tagesordnungspunkte/TO-Punkte.

## Inhaltsverzeichnis

Landtagssitzung 23. April 2026 - Abstimmungsergebnis .....	3
TO-Punkt 1: Mitteilungen .....	4
TO-Punkt 2: Aktuelle Stunde betreffend Gastpatienten: Schluss mit Blockieren! Wien muss operieren! .....	4
TO-Punkt 3: Vorlage der Landesregierung betreffend Gesundheitsplan 2040+, Ergebnis der Studie zur Standort-Evaluierung für ein Schwerpunktzentrum in der Versorgungsregion Weinviertel .....	12
TO-Punkt 4: Vorlage der Landesregierung betreffend Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Österreichischen Stabilitätspakt 2025 – ÖstP 2025 .....	19
TO-Punkt 5: Antrag mit Gesetzesentwurf betreffend Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014 (NÖ ROGSt 2014) .....	20
TO-Punkt 6: Antrag mit Gesetzesentwurf betreffend Änderung des NÖ Spitalsärztegesetzes 1992 (NÖ SÄG 1992) .....	21
TO-Punkt 7: Antrag gemäß § 34 LGO 2001 betreffend Gesundheitsplan 2040+: 24/7 Akutversorgung in Gänserndorf .....	22
Quellen für diese Ausgabe der Impressionen .....	24

# TAGESORDNUNGSPUNKTE

## Landtagssitzung 23. April 2026 – Abstimmungsergebnis

TO	Thema	ÖVP	FPÖ	SPÖ	Grüne	NEOS
3	Vorlage der Landesregierung betreffend Gesundheitsplan 2040+; Ergebnis der Studie zur Standort-Evaluierung für ein Schwerpunktklinikum in der Versorgungsregion Weinviertel					
3a	Antrag der Grünen auf Zurückverweisung des Themas in den Ausschuss.					
4	Vorlage der Landesregierung betreffend Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Österreichischen Stabilitätspakt 2025 – ÖStP 2025					
5	Antrag betreffend Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014 (NÖ ROG 2014)					
5a	Ausschussantrag Punkt1, erste Zeile, Punkt 7, § 11b					
6	Antrag mit Gesetzesentwurf betreffend Änderung des NÖ Spitalsärztegesetzes 1992 (NÖ SÄG 1992)					
7	Antrag gemäß § 34 LGO 2001 betreffend Gesundheitsplan 2040+: 24/7 Akutversorgung in Gänserndorf					
7a	Abänderungsantrag der Grünen					

# TAGESORDNUNGSPUNKTE

## TO-Punkt 1: Mitteilungen

- Feststellung der Beschlussfähigkeit
- Mitteilung des **Einlaufs** (Hinweise auf Berichte, Anträge, Vorlagen der LR, Anfragen und Anfragebeantwortungen)
- sonstige Mitteilungen
- Redezeit

**Diesmal weisen wir besonders auf folgende Anfragen und Anfragebeantwortungen hin:**

### Anfragen

- ◆ Anfrage betreffend Notfallzulassungen von Pestiziden in Niederösterreich, Ltg.-962/XX-2026 <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-962> (LHF-Stv. Pernkopf/ÖVP)
- ◆ Anfrage betreffend zusätzlicher Finanzmittel für Rettungsorganisationen, Ltg.-964/XX-2026 <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-964> (LR Kasser/ÖVP und LR<sup>in</sup> Prischl/SPÖ)

### Anfragebeantwortungen

- ◆ Anfragebeantwortung betreffend Grundversorgung für Ukrainer:innen, Ltg.-899/XX-2026 <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-899> (LR Antauer/FPÖ)
- ◆ Anfragebeantwortung betreffend fehlendes Angebot und weitere Ausdünnung spezialisierter Betreuungsangebote für Kinder im Autismus-Spektrum in Niederösterreich, Ltg.-929/XX2026 <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-929> (LR<sup>in</sup> Teschl-Hofmeister/ÖVP)
- ◆ Anfragebeantwortung betreffend fehlendes Angebot und weitere Ausdünnung spezialisierter Betreuungsangebote für Kinder im Autismus-Spektrum in Niederösterreich, Ltg.-931/XX2026 <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-931> (LR<sup>in</sup> Rosenkranz/FPÖ)
- ◆ Anfragebeantwortung betreffend Genehmigung der Triestingtal Rallye 2026, Ltg.-933/XX2026 <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-933> (LHF-Stv. Pernkopf/ÖVP)
- ◆ Anfragebeantwortung betreffend Genehmigung der Triestingtal Rallye 2026, Ltg.-934/XX-2026 [https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/09/934/0934\\_Anfragebeantwortung.pdf](https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/09/934/0934_Anfragebeantwortung.pdf) (LR<sup>in</sup> Rosenkranz/FPÖ)

## TO-Punkt 2: Aktuelle Stunde betreffend Gastpatienten: Schluss mit Blockieren. Wien muss operieren!

Als erster Redner spricht **ÖVP-Klubobmann Abg. Kurt Hackl** und wirft Wien vor, Niederösterreicher\*innen von Wiener Spitälern wegzuschicken, weil sie einen falschen Meldezettel hätten. Dadurch werde der Finanzausgleich, „*der gültige Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern, von Wien einseitig gebrochen, nur weil in Wien sich die Luxusausgaben in einem*

*überbordenden Sozialsystem immer mehr erhöhen und Wien sich das nicht mehr leisten kann*“. Es werde in dieser Landtagssitzung das Thema Gesundheit im Mittelpunkt stehen und es müsse jede/r in diesem Landtag ein Bekenntnis dazu abgeben, ob er/sie in Sachen Gesundheit das große Ganze in den Mittelpunkt stelle oder ob Kirchturmdenken wichtiger sei, ob man anerkannten Fachleuten im Gesundheitsbereich vertraue, oder ob man sich von parteipolitischen Spindoktoren steuern lasse, „*ob in Sachen Gastpatienten in unse-*

ren Landesfarben gedacht wird, oder ob man sich vom Wiener Rathaus fernsteuern lässt“.

Es müsse Parteipolitik hintangestellt werden, NÖ im Mittelpunkt stehen. NÖ habe als einziges Bundesland mit breiter Mehrheit eine langfristige Neuplanung der „Gesundheitslandkarte“ geschlossen. Die Bundeshauptstadt im Herzen Niederösterreichs übernehme seit jeher für viele Bezirke einen Teil der medizinischen Versorgung. Man ergänze sich bezüglich medizinischer Kompetenz und Ressourcen. NÖ lasse sich dies 500 Mio. € im Rahmen des Finanzausgleichs kosten. Die ÖVP kämpfe dagegen, dass den nö. Landsleuten in Wien eine Behandlung verweigert werde. Und der *VP-Klubobmann* bringe das Beispiel einer Niederösterreicherin, die seit vielen Jahren täglich beruflich nach Wien pendelt. Nach einem Krebsverdacht und einer Überweisung durch den Facharzt an das AKH sei sie als Niederösterreicherin abgelehnt worden. Dies sei herzlos und dürfe nicht passieren. Letztendlich sei die Patientin allerdings im Universitätsklinikum St. Pölten operiert und behandelt worden.

*Abg. Hackl* behauptet dann, der Wiener Gesundheitsstadtrat habe in einem ZIB2-Interview dezidiert zugegeben, dass er den politischen Konflikt auf dem Rücken der Patient\*innen austragen müsse, was Hackl äußerst unsympathisch und unmenschlich finde.

**#zusammenhaltNÖ stellt fest:** Dies ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Der STANDARD-Bericht vom 18.10.2025 mit wörtlichen Zitaten, was Stadtrat Hacker tatsächlich gesagt hat, möge als Beweis dienen: "Müssen Sie einen politischen Konflikt auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten austragen?", fragt Thür den Sozialstadtrat. Mit nüchterner Offenheit bestätigt der: "Ja, das finde ich äußerst unsympathisch." Aber: "Ich habe auch schon jahrelang mit den Bundesländern besprochen, dass ich Vorschläge hören möchte, wie wir diesem Problem begegnen." Wien bleibe hier auf 600 Millionen Euro Kosten sitzen. Bei Thürs zweitem Anlauf, warum der Konflikt auf dem Rücken der Patientinnen ausgetragen werde, kontert Hacker klar: "Weil ich es nicht auf dem

Rücken der Wiener Steuerzahler austragen kann." Die Frage müsse Thür "den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern" stellen, "wieso sie Menschen in Behandlung schicken und nicht bereit sind, die Kosten zu tragen".

Der *VP-Klubobmann* erwähnt dann die mehr als 71.000 Unterschriften, die die ÖVP-Kampagne „Schluss mit Blockieren, Wien muss operieren!“ gebracht habe und nennt eine Umfrage in der Tageszeitung HEUTE, bei der sieben von zehn Niederösterreicher\*innen die Klage von NÖ richtig finden. Er geht dann auf 20 Mrd. € an Wertschöpfung ein, die von Niederösterreicher\*innen in Wien erwirtschaftet würden und erwähnt, dass davon allein 220 Mio. € Kommunalsteuer in die Wiener Stadtkassen fließen. Weiters würden alle Bundesländer die Hälfte des AKH mitzahlen. Alle in Wien Erwerbstätigen würden einen Beitrag für die in Wien Lebenden zur U-Bahn und zum Sozialbau bezahlen, obwohl sie in NÖ wohnen. Und *Klubobmann Hackl* steigert seine Vorwürfe noch und sagt, "Zeitgleich hat die Stadt Wien ein Schlaraffenland für jene geschaffen, die nicht bereit sind, etwas zu leisten. Ich möchte nur erinnern, dass erst im vergangenen Jahr ein Fall einer Familie mit Migrationshintergrund bekannt wurde, die noch keinen Euro ins Sozialsystem eingezahlt hat, aber jedes Monat 9.000 € von der Stadt Wien kassiert". *KO Hackl* weist süffisant darauf hin, dass Stadtrat Hacker auch für die Sozialhilfe in Wien zuständig ist und gibt ihm den Rat, wenn er für seine Spitäler kein Geld mehr habe, möge er sich an der nö. Sozialhilfe ein Beispiel nehmen und würde mit einem Schlag 300 Mio. € ersparen. Die ÖVP würde bei diesem Thema nicht lockerlassen. Die nö. Landsleute hätten sich eine Schlechterstellung nicht verdient, „schon gar nicht gegenüber ausländischen Staatsbürgern“. Deshalb würde man einen abgewiesenen Patienten bei seiner Klage unterstützen und in der Öffentlichkeit den Druck gegen dieses unmenschliche Verhalten aufrecht hal-

ten. Kein anderes Bundesland mache dies mit seinen Gastpatient\*innen.

Abschließend fordert der *VP-Klubobmann Bürgermeister Ludwig* auf, zu seiner Unterschrift beim Finanzausgleich zu stehen, „*seinen wildgewordenen Stadtrat zurückzupfeifen und ihm die klare Weisung zu geben, Patient\*innen ohne Rücksicht auf den Meldezettel zu behandeln*“. Bgm. Ludwig könne bei den Verhandlungen zum nächsten Finanzausgleich finanzielle Forderungen stellen und auf diesem Weg den Dialog suchen. „*Dies sei der Weg den NÖ beim Problemlösen gehe - auf Augenhöhe, mit Respekt, mit einem Miteinander*“.

Gleich eingangs stellt **Abg. Edith Kollermann/Neos** fest, dass Gesundheitsversorgung keine Verhandlungsmasse, sondern eine zentrale Aufgabe des Wohlfahrtsstaats sei. Budgetstreitigkeiten dürften deshalb keinesfalls auf dem Rücken von Patient\*innen ausgetragen werden.

Diese Debatte sei bewusst ausgelöst worden, und zwar durch die Entscheidung von Wiens Stadtrat Peter Hacker, eine politische Auseinandersetzung um Geld in die Spitäler zu tragen und diese anzuweisen, keine Menschen aus NÖ mehr [elektiv](#) zu behandeln.

Im Disput zwischen Wien und NÖ gehe es nicht um eine technische Debatte, um Tabellen oder Abrechnungslogiken, sondern um Menschen, Vertrauen und eine politische Verantwortung. Seit Monaten eskaliere dieser Konflikt um Gastpatient\*innen, Budgetfragen würden mit der Verunsicherung von Menschen verknüpft, mit Verzögerung von Behandlungen. Es gehe um Menschen mit Schmerzen, die Angst hätten und nun zum Druckmittel gemacht würden. Laut den Informationen der Abgeordneten hätten Wiener Spitäler und Ärzt\*innen mit dieser Anordnung keine Freude. Es führe zu mehr Unsicherheit und Erklärungsnot. Nicht *Herr Hacker*, sondern das Personal im Spital müsste dies Anfragenden und potentiellen Patient\*innen gegenüber rechtfertigen. Dies sei eine Belastung für ein

am Limit arbeitendes System. Politische Forderungen gehörten an den Verhandlungstisch und nicht ins Spital.

*Abg. Kollermann* geht dann aber auch auf die NÖ Landesregierung ein, die nicht aus der Verantwortung zu entlassen sei. Probleme würden nicht über Medienbotschaften und Inszenierungen oder das Bashing auf Sozialhilfeempfänger\*innen gelöst. All dies verhärtete die Fronten und würde niemandem helfen.

Die Abgeordnete thematisiert dann auch die über zwei Monate laufende [VP-Unterschriften-Kampagne „Schluss mit Blockieren. Wien muss operieren“](#), gegen den „*Hacker-Bann*“. Die ÖVP sage selbst, sie werde diese mehr als 71.000 Unterschriften niemandem übergeben, keinem Gremium, Parlament oder Rathaus. Somit habe die ÖVP diese 71.000 Niederösterreicher\*innen „*am Schmach gehalten*“ und bloß die eigene Datenbasis aufgebessert. Sie frage sich daher, ob es nicht besser gewesen wäre, sich um die Unterschriften der zuständigen Landesräte Hacker und Kasser zu bemühen und evtl. zusätzlich um die der Landeshauptleute.

*Abg. Kollermann* spricht schließlich nochmals die Sinnhaftigkeit der grenzüberschreitenden Kooperation von Spitälern an und sagt, sie wäre sehr an einer transparenten Darstellung der Ausgleichssumme an Wien interessiert.

Abschließend geht die Abgeordnete noch auf den Kern des Problems ein, ob die Zuständigkeiten im System noch zeitgemäß seien, ob der Föderalismus dabei hilfreich sei. Die Menschen leben z.T. in NÖ, arbeiteten aber in Wien, würden daher auch die Angebote Wiener Ärzt\*innen in Anspruch nehmen oder eines Spitals, das auf ihr gesundheitliches Problem spezialisiert ist. Deshalb gebe es ja auch die erwähnte Vereinbarung.

Die Menschen würden Sozialversicherungsbeiträge und Steuern einheitlich in ganz Österreich bezahlen, was nur von der Art ihrer Beschäftigung und nicht von ihrem Bundesland abhängt. Deshalb stelle sich die Frage, warum

sie unterschiedlich behandelt werden. Hier stoße der Föderalismus an seine Grenzen bzw. versage auf diesem Gebiet.

Es brauche ein bedarfsorientiertes System, am besten mit Finanzierung aus einer Hand und gemeinsamer Bedarfsplanung, das sowohl Expert\*innen als auch ihre Partei schon lange forderten. Der Konflikt müsse wieder an den Verhandlungstisch gebracht werden. Die „*Politfolklore*“ müsse sich jedenfalls aufhören, mit der man mit „*medialem Säbelrasseln*“ nur die eigene Klientel begeistern wolle. Das führe zu keiner Lösung. Allenfalls könne auch die Bundesregierung einbezogen werden, um eine Lösung für die bessere Ordnung der Zuständigkeiten zu finden.

Als nächste Rednerin kommt **Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne** zu Wort und spricht die „*fast historisch große Demonstration von Bürger\*innen*“ vor der Landtagssitzung an. Diese sollte die Besorgnis der Menschen darüber vermitteln, dass ihre Gesundheit in Gefahr sei.

Sie geht auf das ihrer Meinung nach bestehende „*Gesundheitschaos*“ ein, das seit einem Jahr durch die NÖ Landesregierung unter Mitwirkung der Neos zu verantworten sei. Der Gastpatient\*innenstreit zwischen Wien und NÖ bilde da einen willkommenen Außenfeind für die ÖVP, der dazu beigetragen habe, die Reihen in der Partei wieder mehr zu schließen. Sie nennt Versäumnisse der letzten Jahrzehnte in NÖ, wie jene nach der Übertragung von Gemeindespitalern an das Land, um die notwendigen Strukturen in NÖ zu schaffen, anstelle die gewünschten Leistungen in Wien abzurufen. Sie kritisiert z.B. den Neubau von zwei Krankenhäusern in Baden und Mödling anstelle eines großen Hauses für den nördlichen Teil des Industrieviertels. Und schließlich erwähnt *Abg. Krismer-Huber* auch die versäumte Möglichkeit einer bilateralen Nachjustierung im Bereich Gesundheitsfinanzierung zwischen NÖ und Wien nach dem Finanzausgleichsgesetz.

Die Grünen hätten dem „*Gesundheitschaos 2040+*“ eine klare Absage erteilt, weil es Aufgabe einer Oppositionspartei sei, auf Schwachstellen hinzuweisen und Dinge zu verbessern.

*Abg. Krismer-Huber* ätzt dann auf *LR Sven Hergovich* hin und meint, er sei im letzten Jahr v.a. damit beschäftigt gewesen, als „*geringfügig beschäftigter Landesrat vielleicht doch Staatssekretär zu werden, vielleicht doch ein Ministerium zu bekommen*“. Dass es sich die Sozialdemokratie bei den Notarztstützpunkten jetzt doch anders überlegt habe, sei „*rotes Chaos*“. Die Grünen würden sich deshalb bestätigt fühlen, weil es jetzt Bewegung gebe und es in Gänserndorf nun doch über die Primärversorgungseinheit hinaus ein Ambulatorium ange-dacht sei. Dies sei gut und das, was die Menschen wollten – nämlich, dass die einzelnen Maßnahmen auf den Prüfstand gelegt würden und geschaut werde, ob es noch bessere Lösungen gebe. Die Grünen hätten bereits vorhergesagt, dass die Menschen nicht akzeptieren würden, alte Notarztstützpunkte zu beseitigen, bevor Neues vorhanden sei. Die Menschen müssten das Gefühl haben, dass im Landtag gute Entscheidungen getroffen würden, dass dies nicht über ihre Köpfe hinweg geschehe und alles klar kommuniziert werde.

*Abg. Krismer-Huber* attackiert dann neuerlich die Landesregierung, die gemeinsam mit den „*Pinken*“ dieses „*Regierungschaos*“ verursacht hätten. Besonders greift sie die Neos an und wirft ihnen vor, sich in Wien beim Gastpatientenkonflikt nicht unterstützend eingebracht zu haben. Es sei nur „*heiße Luft*“, was sie von ihrer *Landtagskollegin Kollermann* gehört habe.

Die nö. Regierung sei dazu angehalten, dass es keiner Diskussionen mit Wien bedürfe, ob Patient\*innen aus NÖ akzeptiert würden. Es müsse für Niederösterreicher\*innen selbstverständlich sein, falls erforderlich in den Regionen Spitzenleistungen zu erhalten. Dies sei für

die LGA (Landesgesundheitsagentur) noch eine Mammutaufgabe.

Schließlich behauptet sie, wenn man den Grünen eine Stimme gebe bei deren Petition „Rettet unsere Gesundheit“, dann würde etwas weitergehen, wie man bei Gänserndorf gesehen habe und bei den Notärzten sehen werde. **(Anm./#zHNÖ: daraufhin ertönen aus Richtung der ÖVP laute Proteststimmen).** Die Abgeordnete reagiert auf den offenbar laut protestierenden Gänserndorfer Bürgermeister *Abg. Lobner* und hält ihm vor, dass er dem Gesundheitsplan 2040+ für Gänserndorf auch ohne Ambulatorium zugestimmt habe. Abschließend dankt die Abgeordnete den 27.000 im nÖ. Gesundheits-beschäftigten Menschen, die trotz des von der Landesregierung verbreiteten „Gesundheitschaos“ einen „super Job“ machen würden.

In Replik auf ihre Vorrednerin erinnert **Abg. Karin Scheele/SP** an grüne Gesundheitsminister, die Verteidigungsreden gehalten hätten „für Chaos, das verständlich war und Chaos, das nicht verständlich war“. Es sei keineswegs abwegig, in verschiedenen Bundesländern und Parteien unterschiedliche Standpunkte zu haben. Die nÖ. Sozialdemokrat\*innen stünden an der Seite der Patient\*innen und wollten, dass die Bundeslandgrenze nicht mehr zähle. Ihre Fraktion stünde an Seite der Patient\*innen, wenn Wien nicht operiere, aber auch, wenn das Angebot in NÖ nicht passe. Es sei bekannt, dass der Eigenversorgungsgrad einer der geringsten in der gesamten Republik Österreich sei und ihre Fraktion setze sich dafür ein, dass die „Hausübungen“ in NÖ gemacht würden.

Sie habe sich auch gefragt, warum es diesen Tagesordnungspunkt gerade an jenem Tage gebe, an dem sich 1.000 Personen versammelt hätten, um gegen einige Punkte des Gesundheitspakts 2040+ zu protestieren. Sie habe es aber als sehr hilfreich gefunden, dass es eine durch die Landesräte Kasser und Antauer, sowie LR<sup>in</sup> Prischl initiierte Zusammenkunft von einer Delegation der Protestgruppe mit den

Gesundheitssprecher\*innen der Landesregierungsparteien gegeben habe. Sie sei überzeugt, dass es ohne diese Gesprächsbasis und ohne aufeinander zuzugehen nicht funktionieren werde.

Die Abgeordnete erwähnt, dass bei diesem Gespräch die Frage aufgetaucht sei, ob es von Seiten des Landes NÖ, Landtag und Landesregierung ein Angebot für zukünftige konstruktive Gespräche gebe, was selbstverständlich bejaht wurde. Konstruktiv könne allerdings nicht bedeuten, dass alle Forderungen zu 100 % erfüllt werden müssten.

Abschließend fordert *Abg. Scheele* eine gemeinsame Gesundheitsregion mit gemeinsamer Planung und Finanzierung, was im Sinne der dort lebenden Menschen sei. Deshalb werde die derzeitige Haltung im Patient\*innenstreit mit Wien die Sache keinen Millimeter weiterbringen. Es brauche ein anderes Klima, ein Miteinander der Bundesländer, eine vernünftige Gesprächsbasis und vor allem eine gemeinsame Versorgungsregion Ost.

Der **FP-Mandatar Richard Punz** beginnt seinen Redebeitrag mit einer Attacke auf die Stadt Wien, die mit der Schlechterstellung der Gastpatient\*innen eine „Zweiklassenmedizin gegen die Österreicher\*innen“ hochfahre. Diese Schlechterstellung manifestiere sich sogar im Wiener Krankenanstaltengesetz. Alle Welt erhalte Leistungen, nur die niederösterreichischen oder burgenländischen Nachbarn, die Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge leisten, würden in Wiener Spitälern „schlechtergestellt als Fremde, als Asylanten, die noch keinen Cent in das System eingezahlt“ haben. Dies sei „ein fatales Zeichen jenen gegenüber, die jeden Tag aufstehen und nach Wien pendeln, um dort Wertschöpfung zu erzielen“.

Und der Abgeordnete legt noch eins drauf und behauptet, dass nach dem Wohnort unterschieden werde, stehe im Widerspruch zum [Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetz/KAKuG](#) und sei rechtswidrig.

*Abg. Punz* geht schließlich auf die Fördervereinbarungen mit den sieben Wiener Ordensspitälern ein. Die Zusage für die finanziellen Mittel sei an die massive Reduzierung der Gastpatienten-Belegstage geknüpft worden. Die Quote sei von 80 % auf 60 % des Niveaus von 2019 herabgesetzt worden. Dies zeige, dass man nicht im Sinne der Sicherheit der medizinischen Versorgung agiere, sondern den Ordensspitälern sei sprichwörtlich das Messer angesetzt worden. Sie seien erpresst worden, was ein neuer Tiefpunkt in der Causa um die Gastpatient\*innen sei. Es gehe nicht, wie behauptet, um die beste Gesundheitsversorgung, sondern um billige Symbolpolitik zu Lasten der Patient\*innen.

*(Anm./#zHNÖ: im Krone-Artikel vom 30.3.2026 – siehe Zusatzinformation - klingt die Sache allerdings etwas anders. Und übrigens ist auch das Land NÖ dem konfessionellen Krankenhaus Speising gegenüber nicht gerade zimperlich und unterstützt die Klage eines Gastpatienten, dessen zuvor fixierter OP-Termin wieder abgesagt wurde).*

Abschließend fordert der Abgeordnete, dass die 15a-Vereinbarung über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens auch eingehalten werde.

Als letzter Redner spricht **Abg. Matthias Zauner/VP** nochmals das Thema „Gastpatient\*innen“ und den Konflikt mit der Stadt Wien an und wirft Stadtrat Hacker und der Stadt Wien vor, ein jahrzehntelang funktionierendes Gesundheitssystem in Österreich aufs Spiel zu setzen. Operationstermine würden mutwillig verschoben, die freie Arztwahl sei für Patient\*innen nicht mehr möglich und „ausländische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die womöglich noch nie einen Cent ins Gesundheits- und Sozialsystem eingezahlt haben, werden bevorzugt – bevorzugt Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern [gegenüber/Anm.#zH], die ein ganzes Leben durch ihre Arbeit ins Gesundheits- und Sozialsystem eingezahlt haben“. Damit gefährde Wien das Gesundheitssystem Österreichs und das würde

man sich seitens des Bundeslandes NÖ mit Sicherheit nicht gefallen lassen.

Der Abgeordnete stellt dann den Begriff „GASTpatient\*innen“ für Personen in Frage, die alle in dasselbe Gesundheitssystem eingezahlt hätten. Er stellt dann allerdings eine gewisse Verbesserung im Streit zwischen Wien und NÖ gegenüber den 90er-Jahren fest, als man noch von „FREMDpatient\*innen“ sprach. Es gehe darum, dass sich Österreicher\*innen nicht in ihrem Heimatbundesland behandeln lassen würden, sondern in dem Bundesland, wo der Arzt ihrer Wahl operiere. Es sei nicht verwunderlich, dass die Zahl zwischen NÖ und Wien groß ist, denn ein Viertel der Arbeitnehmer\*innen in Wien würden aus NÖ kommen. Sie arbeiten dort den ganzen Tag und würden dann vor oder nach der Arbeit, in der Mittagspause oder wann auch immer eine/n Ärztin/Arzt besuchen. Es sei logisch, dass diese auch in einem Wiener Krankenhaus operieren würden. Ausgehend vom Fremdpatienten-Streit aus den 90er-Jahren habe man dann das Problem über den Finanzausgleich zu regeln begonnen. Die Unterschrift des Wiener Bürgermeisters gelte für die laufende Periode des Finanzausgleichs. Und dann behaupte der Gesundheitsstadtrat Hacker, diese Regelung gelte nicht mehr, weil er Geld brauche. In einer Zeit, in der alle - der Bund, die Länder und Gemeinden – Geld suchen würden, sei dies der einfachste Weg. Anstatt das Wiener Gesundheitssystem wie NÖ durch einen Gesundheitsplan auf neue Beine zu stellen, behandle er einfach die Niederösterreicher\*innen nicht mehr und das Problem sei gelöst. Das Problem sei aber trotzdem nicht gelöst, denn in Wien seien die Behandlungskosten im Schnitt um 40% höher als in anderen Bundesländern. Wenn man das nö. Gesundheitssystem auf Wien umlege, sei Wien um 1 Mrd. € teurer. Es gebe einen bestehenden Vertrag zwischen Wien und NÖ und allen Bundesländern, den Finanzausgleich. Dieser gelte und sei von *Herrn Hacker*, der Bundeshauptstadt und *Bgm. Ludwig* einzuhalten.

Nach Beschreibung eines Einzelfalls geht *Abg. Zauner* dann auf die engen Verflechtungen zwischen Wien und NÖ ein. Er weist darauf hin, dass 200.000 Niederösterreicher\*innen Wien mit ihrer Arbeit am Laufen hielten. Dafür kassiere Wien 230 Mio. € Kommunalsteuer, wodurch Infrastruktur geschaffen werde. Außerdem sei es für Herrn Hacker o.k, dass NÖer\*innen Kosten für Infrastruktur in Wien tragen und durch ihre Arbeitnehmer\*innen-Beiträge 125 Mio. an € Wohnbauförderungsbeiträgen und 16 Mio. € U-Bahnsteuer bezahlen.

Acht Bundesländer würden 50 % der Infrastrukturkosten für die U-Bahn in Wien bezahlen, obwohl viele sie gar nicht verwendeten. Auch das AKH werde zu einem Gutteil vom Bund, und somit von allen Bundesländern bezahlt. All das sei für Herrn Hacker o.k, aber nicht die Behandlung von Gastpatient\*innen. Das sei für NÖ nicht o.k, denn Verträge seien einzuhalten.

Abschließend geht der Abgeordnete noch auf Wortmeldungen seiner Vorredner\*innen ein und teilt Zensuren aus:

Bei *Abg. Kollermann* teilt er deren Forderung einer österreichweiten Lösung, weist auf die Reformpartnerschaft zw. Bund, Ländern und Gemeinden hin und lobt ihre sachliche und faktenbasierte Diskussionskultur.

Dass sich *Abg. Krismer-Huber* bei einem TO-Punkt, an dem sie selbst teilnimmt, nicht im Saal befindet, findet der Abgeordnete kritikwürdig und geht auf deren Aussage von einer „historisch großen Demonstration vor dem Landhaus“ ein. Er stellt klar, dass seine Partei die Sorgen, Ängste und Anliegen der Bevölkerung bezüglich Gesundheitsplan 2040+ ernst nehmen würde. Man habe vollstes Verständnis dafür, dass man beunruhigt sei, wenn sich die Strukturen verändern, Kliniken zusammengelegt und neue Strukturen geschaffen würden. Aufgabe der Politik sei es, Ängste zu nehmen und zu informieren, was auch getan werde.

Die „historisch große Demonstration“ sei nicht ganz so groß gewesen, wie im Vorfeld herbeigeschrieben. Das sei aber egal, denn es gehe um das Anliegen von Bürger\*innen. Diese würden sich jedoch verwehren, wenn man sie parteipolitisch vereinnahmen wolle. Deshalb hätten sie die Landeshymne gesungen, um zu zeigen, dass sie sich nicht von einer politischen Partei vereinnahmen lassen würden.

**#zHNÖ rätselt:** *interpretiert KO Zauner da nicht ein wenig zu viel hinein? Welche politische Partei könnte er denn gemeint haben? Es waren bei den ca. 1,000 Anwesenden des Demonstrationzugs jedenfalls, wie vereinbart, keine Parteilogos zu entdecken. Schon im Vorfeld war offensichtlich, dass die Menschen den unterschiedlichsten Parteien oder Bürger\*innen-Listen angehörten bzw. nahestanden. Die einzigen, die möglicherweise einer politischen Partei zugeordnet werden hätten können, waren zwei ältere Männer, die Fahnen mit letztklassigen hetzerischen Anwürfen und Botschaften an die Bundesregierung in den Wind hielten („Stocker und seine Bande – Österreichs größte Schande. #Schleichs Euch“). Einer der beiden outete sich durch Aufschrift auf seiner Kleidung als „Echten Patriot“. Der andere meinte auf #zH-Nachfrage, ob sie von einer Partei kämen, sie seien bloß „freie Spaziergänger“. Man kennt sich aus.*

Dann erwähnt *Abg. Zauner*, *Abg. Krismer-Huber* habe vom „Chaos der Verantwortlichen“ gesprochen und wirft den Grünen vor, bezüglich Gesundheitsversorgung in NÖ Ängste zu schüren und populistisch zu sein. Als Höhepunkt bezeichnet er die Tatsache, dass Expert\*innen ein Papier vorlegen und die Grünen so agierten, als ob sie g'scheiter wären, obwohl drei grüne Bundesminister\*innen jahrelang gepredigt hätten, man möge auf Expert\*innen hören.

Abschließend meint der Abgeordnete, es sei eine Verhöhnung der Bevölkerung im Bezirk Gänserndorf, wenn eine Grüne sage, sie habe für den Bezirk Gänserndorf etwas erreicht und gleichzeitig habe Frau Gewessler es geschafft, die S8 über Jahre zu verzögern.

Zu *Abg. Scheele* meint der Mandatar: es sei ein Zickzack-Kurs, den die Sozialdemokratie fahre. Sie würden behaupten, sie stünden an der Seite der Niederösterreicher\*innen, die in Wien nicht behandelt würden, machten aber andererseits Wien die Mauer. Weiters weist *Abg. Zauner* darauf hin, dass die Kompetenz für das Rettungswesen bei einer SP-Landesrätin (*Prischl/Anm. #zH*) sei, der SP-Landesparteivorsitzende (*Hergovich/Anm. #zH*) jedoch die mangelnde Umsetzung des Rettungswesens kritisiere. Und wenn die SP-Landesrätin lieber Aufträge von einem SP-Landesparteitag entgegennehme, als vom NÖ Landtag, wo es einen klaren Auftrag gebe, dann lasse das auch tief blicken, meint der Abgeordnete.

Er schließt dann versöhnlich mit den [Vorschlägen des Wiener Bürgermeisters Ludwig](#), auf die *LHF Mikl-Leitner* positiv reagiert habe. Er hoffe auf *Bgm. Ludwigs* späte Einsicht bezüglich der Gastpatient\*innen.

### Zusatzinformation

[Gastpatienten-Streit - NÖ gegen Wien: Die „Hackln“ fliegen immer tiefer | krone.at](#), 30.04.2026

[Gastpatienten-Streit mit NÖ: Wien sieht Modell im Salzkammergut als "Benchmark" | Nachrichten.at](#), 28.04.2026

[Gastpatienten-Streit – "Vertragsbruch" – Zauner legt gegen Hacker nach | Heute.at](#), 28.04.2026

[Hacker höhnt über NÖ-Patienten - oe24.at](#), 28.04.2026

[Klage aus NÖ - Gastpatienten-Irrfahrt: Nächstes Gericht winkt ab! | krone.at](#), 28.04.2026

[Gastpatienten-Klage: Weiteres Gericht nicht zuständig - noe.ORF.at](#), 28.04.2026

[Im Patientenstreit - Mikl-Leitner versöhnlich: „Da bin ich bei Ludwig“ | krone.at](#), 22.04.2026  
[Da Notfall, dort nicht - Wiener Klinik behandelte Frau aus NÖ viel besser | krone.at](#), 22.04.2026

[Schock-Aussage in Spital: – "Was Sie wollen, interessiert hier niemanden" | Heute.at](#), 22.04.2026

[Ordensspital Speising sieht Gastpatienten-Klage aus Niederösterreich "gelassen" - Panorama - derStandard.at > Panorama](#), 15.04.2026

[Fragen und Antworten - Was man im Konflikt um NÖ-Gastpatienten in Wien wissen sollte - NÖN.at](#), 17.04.2026

[Ordensspitäler - Gastpatienten: Ja gesagt, aber doch Nein gemeint | krone.at](#), 30.03.2026

[Massive Reduktion der Gastpatienten in Wiens Ordensspitälern - Inland - derStandard.at > Inland](#), 11.03.2026

[Gastpatienten: Was in der Klage gegen Wien steht und was damit eigentlich bezweckt wird – DiePresse.com](#), 16.02.2026

[Gastpatienten: Niederösterreich bringt Klage gegen Wien ein – DiePresse.com](#), 08.01.2026

[Wien kann nicht "Probleme der Republik schultern": Hacker verteidigt Kürzungen in "ZiB 2" - TV-Tagebuch - derStandard.at > Etat](#), 18.10.2025

[Arzt soll in Niederösterreich frühere OP-Termine für Geld vergeben haben - Panorama - derStandard.at > Panorama](#), 15.03.2025

[Arzt soll für Geld frühere OP-Termine vergeben haben - noe.ORF.at](#), 14.03.2025

**#zusammenhaltNÖ** stellt nach dem Redebeitrag von **Abg. Richard Punz/FPÖ** fest, dass es kaum jemals eine Rede eines FPÖ-Mandatars gibt, egal zu welchem Thema, bei dem es nicht einen Seitenhieb auf „Asylanten“ gibt, „die noch keinen Cent ins Sozialsystem eingezahlt haben.“

Allerdings fällt auf, dass zunehmend auch die ÖVP die Rhetorik der FPÖ übernimmt - bei dieser Landtagssitzung in Person des **ÖVP-Klubobmanns Matthias Zauner**. Keiner der beiden erwähnt allerdings, warum viele Geflüchtete noch keinen Cent ins System einzahlen konnten. Kein Mandatar erwähnt, dass Asylwerber\*innen während ihrer oft jahrelangen Asylverfahren gar nicht arbeiten DÜRFEN. Das könne ja ein „Pullfaktor“ sein, war da immer zu hören. Mit wenigen Ausnahmen wurden den meisten Schutzsuchenden nicht einmal Deutschkurse gewährt. Das wäre Geldverschwendung, wenn der-/diejenige vielleicht negativ beschieden würde, tönnte es von den jeweiligen Innenministern und Asyl-Landesräten. Und so wurden jahrelang Asylsuchende vom Arbeitsmarkt ferngehalten, was man ihnen jetzt – Jahre später – zynischerweise vorwirft. Dabei wurde dieser Zustand zum Unterschied von anderen europäischen Ländern, in denen Asylwerber\*innen schon nach wenigen Monaten arbeiten durften, in

Österreich durch reine Behördenwillkür verursacht.

Auch findet #zH es irritierend, wenn ständig mit Halbwahrheiten und eingeschränkten Informationen hantiert wird. #zH würde interessieren, warum manche Abgeordnete es nicht schaffen, differenziert und umfassend eine Sachlage dazustellen. Diesen Abgeordneten geht es offensichtlich nicht darum, Verunsicherung in der Bevölkerung zu reduzieren.

Auch, dass v.a. die Regierungsparteien regelmäßig andere maßregeln, ist nach Meinung von #zH entbehrlich. „Fokussieren Sie sich auf das Thema und argumentieren Sie schlüssig“, möchte man manchen Abgeordneten zurufen!

### TO-Punkt 3: Vorlage der Landesregierung betreffend Gesundheitsplan 2040+, Ergebnis der Studie zur Standort-Evaluierung für ein Schwerpunktzentrum in der Versorgungsregion Weinviertel

Link zur [Vorlage der Landesregierung](#) und zur [Studie zur Standort-Evaluierung für ein Schwerpunktzentrum in der Versorgungsregion Weinviertel/Niederösterreichischer Gesundheitsplan 2040+](#).

Nach der Berichterstattung durch **Abg. Silke Dammerer/VP** spricht **Präsident Karl Wilfing/VP**. Er geht auf die gründliche und zeitintensive Vorarbeit, die der Standort-Evaluierung für die Versorgungsregion Weinviertel, zugrunde liegt. Der, [nach Meinung Wilfings](#), wahrscheinlich anerkannteste Gesundheitsökonom Österreichs *Univ. Prof. Dr. Gottfried Haber* hatte den Vorsitz über eine Gruppe von Expert\*innen mit Mediziner\*innen, Pflegekräften, Raumplanern, betroffenen Gemeinden, Mitarbeiter\*innen der Gesundheitsagentur, die gemeinsam ein großes Bild der zukünftigen Gesundheitsversorgung des Weinviertels entwarfen. Der zeitaufwändige und komplexe Prozess, der effiziente und zukunftsweisende Maßnahmen auf Jahrzehnte notwendig machte, brachte ein tragfähiges Konzept für das Weinviertel zustande, das nun im Landtag zu behandeln sei. In die-

sem Konzept sei die demographische Entwicklung berücksichtigt und daher auch die Tatsache, dass immer weniger junge Menschen in medizinische Berufe einsteigen könnten. Es galt eine Abwägung der Bevölkerungsentwicklung, der Ballungsräume und des ländlichen Raumes vorzunehmen. Es brauche eine kostenintensive Spitzenmedizin bei gleichzeitiger Berücksichtigung einer flächendeckenden Basisversorgung.

Unter Betrachtung all dieser Aspekte bringe diese Vorlage, die zu beschließen sei, mit Weinviertel Nord – Mistelbach und Weinviertel Süd – Stockerau zwei Leitspitäler, eine flächendeckende Basisversorgung, für alle Bezirke, eine intensivere Pflegeausbildung als sie heute bestehe und eine Stärkung jener Regionen, die überproportional wachsen. Es sei aber klar, dass es wie bei allen großen Entscheidungen nicht überall Applaus geben würde. Durch die beiden Leitspitäler würden Standorte der Spitzenmedizin für das Weinviertel geschaffen. In Zukunft würde es daher nicht weniger, sondern eine bessere Versorgung, nicht Rückbau, sondern Neuaufstellung geben. Dies bedeute auch Veränderung, weil in Hollabrunn ein moderner Pflege-Campus entstehen werde. Korneuburg werde zu einem großen Ausbildungsstandort werden, damit mehr Fachkräfte in der Region gewonnen, ausgebildet und gehalten werden könnten. Der Standort Gänserndorf in einer stark wachsenden Region werde ebenfalls gestärkt. Er sei felsenfest davon überzeugt, dass diese Entscheidungen allen Standorten, aber v.a. den Menschen im Weinviertel viele Verbesserungen bringen würden.

*Präsident Wilfing* macht dann einen Blick nach Bayern, wo das System mit klaren Qualitätsvorgaben neu aufgestellt werde. Auch in allen anderen Teilen Europas gebe es ähnliche Herausforderungen, die neue Lösungen erforderten. Er macht einen weiteren Blick nach Dänemark, wo man in den vergangenen Jahren den Mut gehabt habe, die Zahl der Kranken-

häuser drastisch zu reduzieren und gleichzeitig die Qualität massiv zu steigern.

Heute würden dort weniger, aber hochmoderne Kliniken deutlich mehr Menschen versorgen. Und das System sei nicht zusammengebrochen, die Versorgung sei nicht schlechter geworden und die Menschen würden nicht kürzer, sondern länger leben. Es sei Aufgabe der Politik, nach bestem Wissen und Gewissen die Weichen für die Zukunft des Heimatlandes zu stellen. Man könne den einfachen Weg gehen und nichts tun. Das wäre verantwortungslos. Oder man gehe den Weg, den alle Expert\*innen empfehlen und übernehme jetzt und hier Verantwortung als Politiker\*innen dieses Landes.

Präsident Wilfing geht schließlich auf die Demonstration vor dem Landhaus ein und bekräftigt, dass es Gespräche mit der Landesregierung und den Verantwortlichen gab und gebe, um im Dialog die Maßnahmen zu erörtern und besser zu erklären. Das müsse in einer Demokratie so sein. In NÖ werde nicht an den Menschen vorbei regiert, was die repräsentative Umfrage des „[Instituts für Demoskopie und Datenanalyse](#)“ bestätige. Demnach hielten 82 % der Niederösterreicher\*innen die Maßnahmen für dringend und unbedingt notwendig. Zwei Drittel wollten, dass die Empfehlungen der Expert\*innen umgesetzt würden. 90 % sagten, sie würden, wenn möglich, lieber ambulant als stationär behandelt werden. Und 89 % möchten lieber in einem Klinikum mit spezialisierten Expert\*innen operiert werden, auch wenn der Anfahrtsweg länger ist. Man wolle die best- und nicht die nächstmögliche Versorgung. Daher könne man glücklich sein, meinte der Präsident, dass der Gesundheitsplan 2040+ eine breite Unterstützung in der Bevölkerung habe. Es müsse mit Sach- und Hausverstand entschieden werden und er ersuche um breite Zustimmung zur Vorlage der Landesregierung.

**#zusammenhaltNÖ** hat sich ein wenig mit der Transformation des dänischen Gesund-

heitssystems ab 2007 beschäftigt und nach Lektüre einiger Artikel erkannt, dass beim ursprünglichen Modell ebenfalls nachgeschärft werden musste, da man die Bedürfnisse der Bevölkerung offenbar zu wenig berücksichtigt hatte. Da fast jedes zweite Krankenhaus mit Notaufnahme geschlossen wurde, kam es v.a. in den ersten Reformjahren in ländlich abgelegenen Gebieten zu massiven Protesten. 10 % der Dän\*innen mussten dann laut dem Bericht [„Tauqt Dänemark als Vorbild für eine bessere Patientenversorgung?“ \(2024\)](#) über dreißig Kilometer weit zum nächsten Krankenhaus fahren. Die Regierung installierte daher später ein Konzept von „Near hospitals“, bei dem die landesweite Gründung von zehn bis zwanzig Tageskliniken, also Ambulanzen, ohne Betten vorgesehen ist. Sie sollen bei geringfügigeren Erkrankungen den Nachteil der Zentralisierung abmildern. Diese ambulante Versorgung habe laut der Aussage eines dänischen Gesundheitsökonomen um 50 % zugenommen. Worauf aber am Ende dieses Artikels hingewiesen wird und was sowohl in Deutschland, als auch Österreich anders sein dürfte, ist die Tatsache, dass bei der Bevölkerung in skandinavischen Ländern „eine lange Tradition des Vertrauens in den Staat und ein gelebtes Prinzip der Gleichheit“ bestehe. Deshalb ist es fraglich, ob dänische Transformationsmaßnahmen im Gesundheitssystem so einfach auf andere Länder übertragbar sind.

Auch die nächste Rednerin, **Abg. Edith Koller-mann/Neos**, geht auf die Umsetzung des Standortes für das neu zu errichtende Schwerpunktkrankenhaus Weinviertel Süd ein.

Die Diskussion betreffe nicht nur diesen Standort, sondern eine der zentralen Zukunftsfragen für NÖ, wie eine hochwertige, moderne und leistbare Gesundheitsversorgung für die kommenden Jahrzehnte gesichert werden könne. Die Abgeordnete stellt klar, dass ihre Fraktion den gewählten Zugang für die Standortfindung, ebenso wie den Antrag ausdrücklich unterstützen würde. Die Tatsache, dass eine unabhängige Expert\*innen-Kommission auf Basis klar definierter Kriterien gearbeitet habe, von Erreichbarkeit, über Personalbindung, volkswirtschaftlicher Effekte, wirtschaftlicher Möglichkeiten, Verkehrsplanung und

Umweltverträglichkeit. Dies sei genau der richtige Weg, wie politische Entscheidungen vorbereitet werden sollten: faktenbasiert, transparent und nachvollziehbar. Diesen Fortschritt würde ihre Fraktion ausdrücklich anerkennen. Nun würden aber erst die echten Herausforderungen beginnen, denn der Bau des Klinikums würde frühestens in zehn bis fünfzehn Jahren Realität. Die finanziellen Auswirkungen dieses Projekts würden zwar erst in der Zukunft schlagend, aber man müsse sich schon jetzt dessen bewusst sein, dass es sehr viel Geld kosten werde, das allerdings erst in späteren Jahren budgetär relevant werden würde. Allerdings weist die Abgeordnete darauf hin, dass man in Hinkunft nicht mehr Familiensilber verkaufen oder nur begrenzt Rücklagen auflösen könne, um strukturelle Probleme mit Einmaleffekten zu kaschieren. Es reiche daher nicht, in der Sitzung ein Projekt zu beschließen, aber die Finanzierungsfrage auf später zu verschieben. Man müsse sich des Umfangs dieses Beschlusses bewusst sein und man müsse jetzt damit beginnen, dafür die Grundlagen zu schaffen. Es brauche mehr Mut in der Budgetpolitik und für strukturelle Reformen. Und *Abg. Kollermann* nennt drei Punkte, an denen ihrer Meinung nach im Land selbst angesetzt werden müsse:

✦ eine **echte Aufgaben- und Ausgabenprüfung in der Landesverwaltung**. Zumindest die Opposition wisse nicht, was aus der einstigen „*Ausgabenkritik*“ geworden sei. Offenbar habe sie keine finanziell relevanten Beiträge und Einsparungen gebracht, wie ihre Fraktion aus dem Antrag zum Stabilitätspakt erkennen musste ([siehe TO-Punkt 4/Anm.#zH](#)). Es müsse konsequent überprüft werden, was das Land mache und was davon tatsächlich notwendig sei, wo es Doppelgleisigkeiten gebe, wo könnten Aufgaben effizienter organisiert oder auch beendet werden. Es könne nicht sein, dass Strukturen über Jahrzehnte ständig wachsen, ohne dass die Grundlagen dafür hinterfragt würden.

✦ **Konsequente Digitalisierung und Vereinfachung von Prozessen**: es gebe in der Verwaltung noch immer zu viele analoge Abläufe, zu viele Schnittstellen und zu viel Bürokratie. Digitalisierung sei kein Selbstzweck, sondern solle helfen, Abläufe zu beschleunigen, Kosten zu senken und Personal sinnvoll einzusetzen.

✦ **Mehr Transparenz und Steuerung bei Beteiligungen und ausgelagerten Gesellschaften**. Es müsse die Frage gestellt werden, ob die Steuergelder sinnvoll und nachhaltig eingesetzt seien. Ein modernes Gesundheitssystem werde nur dann leistbar bleiben, wenn man den Mut habe, das Gesamtsystem zu reformieren. Darin liege die politische Verantwortung. Dieses Klinikum sei ein Projekt für die nächste Generation, aber es dürfe nicht zu einem Projekt werden, das man sich nur auf dem Papier leisten könne. Der Zugang der Neos sei daher: JA zu einer evidenzbasierten Standortentscheidung, JA zu einer modernen Gesundheitsinfrastruktur, aber auch ein klares JA zu finanzieller Verantwortung und echten sofortigen Reformen. Wenn man diesen Weg gemeinsam gehe, werde dieses Projekt ein Erfolg werden, andernfalls werde es vielleicht nicht einmal einen Spatenstich geben.

Laut *Abg. Silvia Moser/Grüne* gehe es beim Weinviertel Klinikum Südwest darum, wie gut und wohnortnah Patient\*innen in Hollabrunn, Korneuburg, Gänserndorf und dem gesamten Weinviertel in Zukunft versorgt würden. Es gebe keinen Dissens darüber, dass im medizinischen Bereich stärker auf Spezialisierung gesetzt werden müsse und dass komplexe Eingriffe gebündelt werden müssten, um durch höhere Fallzahlen die Qualität für Patient\*innen abzusichern. Routine rette Leben. Die Abgeordnete geht auf das Klinikum Südwest und die Standortfindung in Stockerau durch Expert\*innen näher ein. Sie bezweifelt, ob sich die tatsächliche Errichtung des Klinikums in zehn bis 15 Jahren überhaupt realisieren lasse und erinnert daran, wie lange schon das neue Klinikum Wiener Neustadt geplant

werde, nämlich elf Jahre, ohne dass irgendetwas umgesetzt worden sei. Realistisch seien daher eher 20, 25 oder noch mehr Jahre.

*Abg. Moser* meint dann, es würden sich aber für sie noch weitere Fragen stellen, z.B. warum die Erreichbarkeit vom neuen Standort zu Ausbildungsstätten mehr Relevanz habe, als die Erreichbarkeit durch Notfallorganisationen, oder warum die Anbindung an den öffentlichen Verkehr nur für die Mitarbeiter\*innen und nicht für die Patient\*innen relevant sei. Und sie erwähnt weiters, dass der neue Standort im Hochwassergebiet liege. Was sie aber besonders störe, sei die mangelnde Transparenz, warum die Bewertung der einzelnen Standorte bei solch einem knappen Ergebnis nicht offengelegt werde. Die Abgeordnete spricht dann noch einige Ungereimtheiten in Horn, Gmünd und Mistelbach an, wo sie unklare bzw. widersprüchliche Informationen durch die Landesregierung ortet und Aufklärung fordert. Weiters kritisiert sie die SPÖ, die im eigenen Ressort die Schließung von elf Notarztstützpunkten beschlossen habe und jetzt dagegen anrenne. Das sei Wahnsinn und ein Chaos sondergleichen. Sie frage sich, welches Bild die Landesregierung nach außen abliefern wolle.

Die Abgeordnete geht abschließend noch auf die Streitigkeiten zwischen NÖ und Wien ein und kritisiert das „föderale Kirchturmdenken“ in Bezug auf die Gesundheitsversorgung auf dem Rücken von Patient\*innen und Steuerzahler\*innen. Dieses Denken in Landesgrenzen sei schon heute völlig aus der Zeit gefallen und erst recht in der Perspektive von 20 und mehr Jahren. Wien als quasi „Enklave“ in NÖ sei als Bundeshauptstadt mit einer hochspezialisierten exzellenten Gesundheitsinfrastruktur und spitzenmedizinischer Forschung ausgestattet. Synergien seien daher zu nutzen, Personal gemeinsam einzusetzen und Abteilungen abzustimmen. Es sei höchst an der Zeit, die Gesundheitsversorgung für ganz Österreich neu aufzustellen und *Abg. Moser* wiederholt die

Forderung der Grünen, dass Gesundheit in Bundeskompetenz gehöre.

Bei einer späteren weiteren kurzen Wortmeldung kritisiert *Abg. Silvia Moser* die rasche Abfolge der Abläufe: Montag: Präsentation des Ergebnisses der Standortevaluierung für ein Schwerpunktklinikum in der Versorgungsregion Weinviertel, Donnerstag, 9 Uhr: Ausschuss am Tag der Landtagssitzung, Donnerstag, 13 Uhr: Landtagssitzung mit geplanter Beschlussfassung. Eine ordentliche Debatte zur Klarstellung gewisser Fragen sei nicht möglich und offenbar gar nicht erwünscht gewesen. Die Abgeordnete stellt daher den Antrag auf Zurückverweisung des Verhandlungsgegenstands in den Ausschuss. Dieser Antrag wurde jedoch von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

***Abg. Karin Scheele/SP*** stellt fest, es sei das Wesentliche bereits gesagt und die Kürze ihrer Rede werde hoffentlich nicht als Desinteresse an diesem wichtigen Thema ausgelegt.

Sie habe in den vielen Jahren im nö. Landtag selten solch eine gute Information im Vorfeld erhalten, wie zu diesem Thema. Der SP-Klubobmann habe die Zuständigen eingeladen und sie seien top vorbereitet worden, lange bevor die Entscheidung über den Standort gefallen sei. Ihre Fraktion werde die Umsetzung aber auch in den kommenden Jahren genau mitverfolgen.

Sie würde sich solch eine transparente Vorgangsweise in NÖ immer wünschen, wenn so hohe Summen und so viele Menschen davon betroffen seien. Dieses Projekt sei ein Musterbeispiel, wie bei wichtigen Entscheidungen Informationen für alle Mitglieder aufbereitet werden könnten.

Auch ***Abg. Edith Mühlberghuber/FP*** spricht die bereits erwähnten Kriterien zur Standortentscheidung für ein neues Schwerpunktkrankenhaus im Weinviertel an. Es seien vierzehn Standorte geprüft worden, es habe klare Regeln und Fachleute aus mehreren Bereichen gegeben, die die verschiedensten Kriterien überprüften und bewerteten. Die Entschei-

dung sei gefallen und bringe Klarheit für die Region. Es gehe aber um mehr als um ein Krankenhaus, es werde an einem gesamten Netz für Gesundheit, Pflege und Ausbildung gearbeitet. In Hollabrunn solle ein Gesundheits- und Pflegecampus gebaut werden, ein neues Pflege- und Betreuungszentrum mit zusätzlichen Plätzen für Menschen mit psychischen Erkrankungen, z.B. Demenz, eine Tagesstätte für ältere Menschen und ein Mutter-Kind-Haus. Insgesamt solle damit ein moderner überregionaler Wohn-, Lebens- und Betreuungsraum für bis zu 200 Menschen für das östliche NÖ entstehen. Ein weiterer Baustein sei die geplante Errichtung eines Ambulatoriums in Hollabrunn mit breitem Angebot, von der allgemeinen Erst- und Akutversorgung über Frauenheilkunde, ein Primärversorgungszentrum, ein Fachärztezentrum für kleinere operative Eingriffe und ein Notarztstützpunkt mit Hubschrauber 24/7. Somit solle auch abseits des neuen Krankenhauses in Stockerau die Versorgung gestärkt werden.

Zur guten Ausbildung von notwendigen Fachkräften sei ein Ausbildungscampus in Korneuburg vorgesehen, um möglichst viele junge Menschen aus dem städtischen Bereich von Wien für eine Berufswahl im Pflege- und Gesundheitsbereich zu gewinnen. Es würden dort u.a. Pflegefachassistent\*innen, Operationstechnische Assistent\*innen, technische Assistenz, medizinische Assistenzberufe, wie Gipsassistenten oder Operationsassistenten ausgebildet werden. Die Studie zeige, dass nicht nur eine einzelne Entscheidung vorbereitet werde, sondern es gehe um einen größeren Plan, wie die Gesundheitsversorgung im Weinviertel für die kommenden Jahrzehnte gesichert werde. Dabei brauche es Klarheit, Ehrlichkeit und Verantwortung - Klarheit, weil die Menschen wissen wollten, wie es weitergehe, Ehrlichkeit, weil große Vorhaben auch sauber geplant und finanziert werden müssten und Verantwortung, weil es bei der Gesundheit nicht um Parteitaktik gehe, sondern um die Versorgung

der Bevölkerung für die kommenden Jahrzehnte.

Nach einem Rückblick auf die Zustimmung des nö. Landtags zum Gesundheitsplan 2040+ vor einem Jahr, der die Politik auch weiterhin beschäftigte, erwähnt **Abg. Franz Dinhobl/VP** den Beschluss der Landtagssitzung im März 2026 bezüglich Neubaus des Gesundheitsklinikums Gmünd als Tagesklinik mit 24/7-Betreuung und Hubschrauberlandeplatz, um die Primärversorgung sicherzustellen. Hier könne man bei Akutfällen rasch reagieren und notfalls Patient\*innen per Hubschrauber in Spezialkliniken transferieren. Dadurch würde im Waldviertel die Qualität der Gesundheitsversorgung wesentlich gehoben werden, was durch die Umsetzung des Gesundheitsplans für das gesamte Bundesland NÖ beabsichtigt sei.

Der Abgeordnete geht dann auf geplante Details für das Weinviertel ein und erwähnt, dass dadurch die Gesundheitsversorgung auf neue und professionellere Beine gestellt würde. In vielen Bereichen seien Stationär-Aufenthalte nicht mehr notwendig, z.B. bei Bruch- oder Katarakt-Operationen, die tagesklinisch erledigt werden und die gleiche Qualität der Versorgung bieten könnten. Der Abgeordnete erwähnt dann den demographischen Wandel als Grund für die Notwendigkeit vermehrter Pflegeeinrichtungen.

*Abg. Dinhobl* nennt weiters die fünf nö. Gesundheitsregionen – Waldviertel, Mostviertel, NÖ Mitte, Thermenregion und Weinviertel. In diesen Regionen müsse in Zukunft die Gesundheitsversorgung aufgebaut werden. Es sei nicht mehr möglich, überall alles anzubieten. In der Chirurgie habe z.B. eine starke Spezialisierung stattgefunden, wofür es heute Spezialeinheiten bzw. -abteilungen gebe.

Der Mandatar beantwortet dann die früher gestellte Frage, wo man den [Gesundheitsplan für das Weinviertel](#) einsehen könne und nennt die Quelle. Ebenso erwähnt er die neue 150-seitige [„Studie zur Standortevaluierung für ein](#)

Schwerpunktklinikum in der Versorgungsregion Weinviertel“, die ebenso öffentlich verfügbar sei

Er geht dann nochmals auf die über 20 Hauptkriterien ein, die als Grundlage für den Vorschlag an den Landtag zur Abstimmung dienen. Weiters berührt er die Frage nach der Bundeskompetenz und erwähnt die drei ehemaligen Gesundheitsminister der Grünen, die in den letzten fünf Jahren Verantwortung getragen hätten, ohne Entscheidungen in diese Richtung vorzuschlagen oder Projekte vorzulegen.

Abschließend thematisiert *Abg. Dinhobl* noch den ständigen Wandel des Gesundheitsprozesses und das Gespräch mit Vertreter\*innen der Demonstration und hält fest, dass es auch künftig Kontakte geben müsse. Die Entscheidungen müssten jedoch in Landesregierung und Landtag getroffen werden.

**Abg. Georg Ecker/Grüne** fordert eingangs, dass ein Milliardenprojekt und eine Entscheidung in dieser Tragweite nachvollziehbar sein müssten. Das vorliegende Werk von sieben Personen werfe seiner Meinung nach mehr Fragen auf, als es beantworte. Wie schon seine Fraktionskollegin kritisiert auch er, dass die genaue Punktevergabe für die einzelnen Standorte nicht bekanntgegeben werde, dass man nicht einsehen könne, wie ein Standort bei einer bestimmten Kategorie im Vergleich zu anderen Standorten abgeschnitten habe. Es stelle sich die Frage, warum sich die NÖ Landesregierung nicht traue, diese Daten zu veröffentlichen. Wovor hätten Johanna Mikl-Leitner, Udo Landbauer und Sven Hergovich Angst, fragt *Abg. Ecker*. Die Landesregierung würde in dieser Angelegenheit mauern, anstatt Abgeordneten und der Öffentlichkeit im Weinviertel die Antworten zu geben. Die nötige Information für eine Entscheidung der Abgeordneten im Landtag würden nicht vorliegen. Eine Grundlage bei wissenschaftlichen Arbeiten sei die Nachvollziehbarkeit, die Möglichkeit einer unabhängigen Überprüfung durch andere. Dies sei weder für die Abgeord-

neten, noch für die Weinviertler\*innen und alle Niederösterreicherinnen, die das mit ihrem Steuergeld bezahlen, gegeben. Solange nicht unabhängig überprüfbar sei, ob das Endergebnis stimme oder ob man beim Treffen anderer Annahmen zu völlig anderen Ergebnissen kommen könnte, solange könne diese Frage nicht entschieden werden. Daher unterstütze er den Antrag auf Vertagung in den Ausschuss.

**VP-Klubobmann Kurt Hackl** leitet seinen Redebeitrag mit den Worten ein: *„Die richtige Versorgung am richtigen Ort zur richtigen Zeit von der richtigen Person, das ist das, was wir uns im nö. Landtag für unsere Bürgerinnen und Bürger wünschen“*. Auch er geht dann auf den Handlungsbedarf der Politik auf Grund der demographischen Entwicklung ein. Er sei sehr stolz, dass nach einem Jahr der Vorbereitung durch Expert\*innen, nach Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Expert\*innen auf breiter Ebene ein Beschluss gefasst wurde. Man sei sich bei einigen Details noch nicht ganz einig, ob es schneller oder langsamer gehen solle, ob man sich das leisten könne und wolle – da müssten noch Lösungen gefunden werden. Der VP-Klubobmann sagt, er sei stolz, dass die Parteipolitik dabei weggelassen worden sei und bemerkt, er sei von der Performance der Grünen bitter enttäuscht. Er zitiert aus dem Einleitungstext zur Petition „Rettet unsere Gesundheit“ und meint, auf die darin erwähnten Ängste der Menschen sei der Gesundheitsplan 2040+ die Antwort. Weiters wirft er den Grünen parteipolitisches Agieren vor und sagt, sie könnten doch nicht zu Recht behaupten, dass die Entscheidungen zum Gesundheitsplan, den eine Expert\*innenkommission entwickelt habe, ebenso wie die Standortfrage, mit der sich ebenfalls eine Expert\*innenkommission beschäftigt habe, nicht völlig fair und korrekt abgelaufen sei. Der Vorsitzende der Kommission zur Standortsuche im Weinviertel Dr. Haber, ein international anerkannter Gesundheitsökonom, würde sich doch nicht für eine gefakte

Studie hergeben. Auf 61 von 150 Seiten der Studie werde die Bewertung beschrieben und auch im Ausschuss hätten die Grünen Antworten auf all ihre Fragen erhalten. Und nun würden sie so tun, als sei zu wenig informiert worden, als gebe es Chaos und als sei etwas unter der Hand auf die Schnelle eingeschoben worden. Und der Abgeordnete weist darauf hin, dass trotz der unterschiedlichen fachlichen Expertise der einzelnen Landtagsabgeordneten der Landtag in seiner Gesamtheit viel weniger Gesundheitskompetenz habe als all das, was diese Expertenkommissionen im letzten Jahr erarbeitet habe.

Die politische Entscheidung sei nun, ob die Politik den Entscheidungen von Expert\*innen vertrauen, wie dies drei grüne Bundesminister dauernd vorgebetet hätten. Deshalb sei es für ihn unglaublich enttäuschend, dass es hier offenbar um politisches Kleingeld gehe. Und wenn jetzt der Bund alles regeln solle, frage sich der Klubobmann, warum keiner der Minister dies gesagt habe und kein grüner Antrag für eine Änderung eingebracht worden sei. Dies sei „tiefste Parteipolitik“ beim wichtigsten Thema, bei der Gesundheit. Und mit der Gesundheit spiele man nicht. Abschließend dankt KO Hackl den Neos, der SP, der FP und seiner eigenen Fraktion dafür, dass man diesen gemeinsamen Weg gehe.

Als letzte Rednerin erläutert die **Klubobfrau der Grünen Abg. Helga Krismer-Huber** v.a. für die Zuhörer\*innen nochmals, worum es bei dieser Debatte gehe. Es wurden von der Landesregierung Expert\*innen beauftragt, unter zehn Standorten anhand von 29 Kriterien (siehe [Studie](#) / Anm. #zH), die gereiht bzw. gewichtet wurden, den optimalen Standort zu finden. Schon vor einigen Monaten habe sie gehört, es würde Stockerau werden und auch die beiden erstgereihten Standorte lagen im Gemeindegebiet von Stockerau. Worauf ihr Kollege Ecker als Oppositionspolitiker völlig zurecht hingewiesen hätte, sei die Tatsache, dass die Landesregierung im Ausschuss vor der Landtagssitzung und auch sonst nicht bereit

gewesen sei, der Öffentlichkeit zu sagen, wie die genaue Bepunktung der restlichen neun Liegenschaften erfolgt sei. Es gebe eine Gesamtpunktzahl der zehn Standorte (siehe [S. 66 der Studie](#) / Anm. #zH), aber keine Angaben über die Punktevergabe zu den einzelnen Kriterien. Es gehe nicht um einen Vorwurf, es gehe um die Nachvollziehbarkeit. Sie verstehe nicht, warum die Detailbepunktung nicht offengelegt werde. Es fehle dadurch die Nachvollziehbarkeit und aus diesem Grund gebe es keine Zustimmung der Grünen.

### Zusatzinformation

[Ortswahl & Hochwasser: - Projekt „Krankenhaus Süd“ im Schussfeld der Grünen | krone.at](#), 23.04.2026

[„Gesundheitsplan 2040+“ - Demo gegen Reform: Politik lädt Kritiker zum Austausch ins Landhaus - NÖN.at](#), 22.04.2026

[Änderungen beschlossen - Regierung bestätigt Gesundheitsregion Weinviertel | krone.at](#), 22.04.2026

[Auch SPÖ ist für Reformpläne: Einstimmig – Regierer von ÖVP, FPÖ und SPÖ beschließen Gesundheitsregion Weinviertel - Niederösterreich](#), 21.04.2026

[Superklinik Stockerau - Mistelbach deckt als zweites Hauptspital Region ab | krone.at](#), 21.04.2026

[Update zum Gesundheitsplan 2040+: Zukunftsfitte Gesundheitsregion Weinviertel - Land Niederösterreich](#), 20.04.2026

[Nicht in engerer Wahl - Ernüchterung in Hollabrunn: Neues Spital kommt nach Stockerau - NÖN.at](#), 20.04.2026

[PressReader.com | 14 Gemeinden wollen das neue Spital](#), Kurier, 20.04.2026

[PressReader.com | Hollabrunn kämpft um neues Spital](#), Kurier, 10.04.2026

[Leistungsangebot Gesundheitsklinik Gmünd: Österreichweites Vorzeigeprojekt geht in Umsetzung - Land Niederösterreich](#), 24.03.2026

[Finale Pläne präsentiert - „NÖ Gesundheitsklinik Gmünd“: Umsetzung auf Schiene - NÖN.at](#), 24.03.2026

[Gesundheit-Totalumbau - Bauherr von neuer Klinik in Gmünd stellt sich vor | krone.at](#), 16.05.2025

[Taugt Dänemark als Vorbild für eine bessere Patientenversorgung? md-Forum](#), 02.05.2024

[Zur Finanzierung der Gesundheitssysteme in Dänemark und Österreich](#), Deutscher Bundestag 2024

[OECD/European Observatory on Health Systems and Policies \(2023\), Denmark: Country Health Profile 2023, State of Health in the EU, OECD Publishing, Paris/European Observatory on Health Systems and Policies, Brussels. Status Quo beim „Danish Super Hospital Programme“ – kma Online, 15.11.2022](#)

[Ergebnisbericht – Krankenhaus: Impulse für Deutschland aus Dänemark](#), TU Berlin, 31.08.2022

[Dänemarks zentralisierte Krankenhauslandschaft: Fluch oder Segen? | ÄRZTESTELLEN](#), 25.11.2021

#### TO-Punkt 4: Vorlage der Landesregierung betreffend Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Österreichischen Stabilitätspakt 2025 – ÖStP 2025

Link zu [Motivenbericht](#); Link zur [Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Österreichischen Stabilitätspakt 2025 – ÖStP 2025](#);

##### **Auszug aus Vereinbarungstext:**

Diese Vereinbarung regelt laut Berichterstatter **Abg. Josef Edlinger/VP** die Haushaltsdisziplin und Koordination zwischen den Körperschaften gemäß den EU Fiskalregeln. Der Pakt setzt die EU-Vorgaben in nationales Recht um und schafft verbindliche Regeln für die Budgetziele von Bund, Ländern und Gemeinden bis 2029 und danach.

Als erste Rednerin versucht **Abg. Indra Colini/Neos** zwischen dem Stabilitätspakt und der Gesundheitsdebatte der Aktuellen Stunde eine Analogie herzustellen, indem sie die Budgetsituation in Niederösterreich mit einem kranken Patienten beschreibt, der süchtig sei, von Jahr zu Jahr immer mehr Geld auszugeben. Für Zukunftsinvestitionen kann die Neos-Abgeordnete keine Spielräume mehr bei diesem „Suchtverhalten“ erkennen, welches bei

dem aus dem Ruder laufenden Defizit immer schwieriger zu therapieren sei. Einzig im Stabilitätspakt will sie eine Therapie erkennen, auf den sich Bund, Länder und Gemeinden geeinigt hätten.

**Abg. Collini** ortet bei der Schwarz-Blauen nö. Regierung jedoch Unfähigkeit, denn mit dem letzten Rechnungsabschluss weise Niederösterreich die miserabelste finanzielle Entwicklung unter allen Bundesländern auf. Und anstatt Reformen anzugehen, zapfe man Millionen aus dem Generationen- und Krankenanstaltsfonds fürs Budget ab. Eine solche Vorgangsweise lasse leider eine nachhaltige Budgetpolitik vermissen.

Die Fiskalregeln des EU-Stabilitätspakts befürwortet auch **Abg. Georg Ecker/Grüne** grundsätzlich. Auch die Grünen treten entschieden für klare Regeln und solide Finanzen ein und begrüßen deren Gültigkeit jetzt auch für Gemeinden. Gleichzeitig betont **Abg. Ecker** aber auch die ablehnende Haltung der Grünen zu diesem Pakt. Seine Fraktion habe diesen Stabilitätspakt schon auf EU-Ebene abgelehnt. Denn für die Grünen sei es absolut nicht nachvollziehbar, dass Rüstungsausgaben ausgeklammert blieben, jedoch Klima- und Energie-Investitionen sehr wohl schlagend würden.

Für die Bedenken seines Vorredners zeigt **Abg. Franz Schnabl/SP** Verständnis, weist aber darauf hin, dass die budgetäre Misere durch die Politik der Vorgängerregierungen verursacht worden sei. Endlich käme mehr Transparenz in die Finanzgebarung von Bund, Ländern und Gemeinden. Auffällig sei für **Abg. Schnabl** jedoch die übliche Politik der FPÖ: Sie habe interessanterweise auf Länderebene dem Stabilitätspakt sehr wohl zugestimmt. Im Bund aber habe die FPÖ ihre Zustimmung verweigert. Denn „*dort habe der Parteivorsitzende Kickl von einem Kuhhandel gesprochen, den es abzulehnen gilt*“. Und Schnabl schiebt eine weitere polemische Bemerkung dazu nach, wenn er meint: „*Und erlauben Sie mir die Feststellung: entweder hält Landbauer von Kickl und seinen*

*Ansagen nichts. Oder die Freiheitliche Partei weiß nicht, wo sie JA und wo sie NEIN sagen müsse“.*

In seiner Einleitung repliziert **Abg Dieter Dorner/FP** auf seine Vorredner\*innen. *Abg. Collini* habe sich seiner Meinung nach durch Schwarzmalen und Schlechtreden dessen, was in NÖ passiert, ausgezeichnet und habe eine Ursache für die Budgetprobleme, nämlich das Hochwasser Herbst 2024, vergessen. Dem *Abg. Ecker* verabreicht der FP-Abgeordnete eine Beruhigungspille, denn in NÖ werde es keine Rüstungsausgaben geben. Als Retourkutsche für die Anschuldigungen des *Abg. Schnabl* wirft *Abg. Dorner* der SPÖ zwischen Land und Bund, aber vor allem im Hinblick auf den Gesundheitspakt auch innerhalb NÖ einen Zick-Zack-Kurs vor. *Dorner* erwähnt auch den Aufteilungsschlüssel zwischen Bund (66%), Ländern (24%) und Gemeinden (10%): Der Stabilitätspakt sei notwendig geworden, nicht weil man plötzlich die *“Tugend der sparsamen Haushaltsführung entdeckt habe, sondern weil in Österreich der Spielraum der Budgets enger geworden sei“*. *Dorner* verweist darauf, dass die Ursache für den Sparzwang in der verfehlten Budgetpolitik der letzten Regierungen zu suchen sei, die Gelder mit beiden Händen ausgegeben hätten. Denn während Corona sei Geld nach der Devise *„Koste es, was es wolle“* ausgegeben worden. Weiters seien unter Schwarz-Grün unendliche Förderungen verteilt worden, ohne sich eine Gegenfinanzierung zu überlegen.

Der EU-Stabilitätspakt würde laut **Abg. Christoph Kaufmann/VP** Österreich dazu verhelfen, gesamtstaatlich einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Und parallel dazu sieht er als übergeordnetes Ziel gleichzeitig auch die Absicherung des Euro als Währung. Im Hinblick auf den im Juli stattfindenden Budget-Landtag würden in Abstimmung mit den Regierungsmitgliedern die Ziele des Stabilitätspakts und strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen gesetzt. Der VP-Abgeordnete betont auch die

Langzeitwirkung z.B. des Hochwassers 2024 und anderer Katastrophenereignisse auf die Finanzen des Landes und der Gemeinden, die auch in Zukunft deren Budgets nachhaltig belasten würden. Aber trotz deutlicher Defizite in NÖ, würden laut *Abg. Kaufmann* im Spannungsfeld von Konsolidierungsdruck und Investitionen die großen Investitionsprogramme (Straßen, Schulen, Kindergärten u.a.) gleichzeitig weiter umgesetzt.

#### **Zusatzinformationen:**

[Beschluss der NÖ Landesregierung betr. Abschlusses einer Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Österreichischen Stabilitätspakt 2025 – ÖstP 2025 und deren Vorlage an den NÖ Landtag zur Genehmigung, 24.03.2026](#)

[Budgetausschuss verabschiedet Österreichischen Stabilitätspakt 2025 mit Regierungsmehrheit, 19.02.2026](#)

[Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Österreichischen Stabilitätspakt 2025 – ÖstP 2025 \(388 d.B.\) | Parlament Österreich, 20.01.2026](#)

#### **TO-Punkt 5: Antrag mit Gesetzesentwurf betreffend Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014 (NÖ ROG 2014)**

Link zu [Antrag](#); Link zum [Gesetzesentwurf](#);

#### **Auszug aus Antragstext:**

Das Erfordernis zur raumordnungsrechtlichen Regelung von Rechenzentren ergibt sich aus ihrem **hohen Energieverbrauch** und der potenziellen **Größe solcher Anlagen**. Bereits derzeit gibt es konkrete Anfragen zur Errichtung von Rechenzentren in Niederösterreich, die die Netzkapazitäten an elektrischer Energie (Strom) in Niederösterreich um mehr als das Doppelte übersteigen. Aufgrund des steigenden Bedarfs an der Verarbeitung von Daten – insbesondere auch durch die steigende Nutzung von Cloud-Lösungen und neue technologische Entwicklungen wie künstliche Intelligenz – ist eine Tendenz zu immer größeren Anlagen zu erwarten. Die ungesteuerte Errichtung solcher Rechenzentren würde zu einer Konkurrenzsituation auf dem Energiesektor

führen, was Auswirkungen auf die lokale und regionale Entwicklung bis hin zu Versorgungsengpässen haben könnte. Diese besonderen Anforderungen machen eine gesetzliche Regelung unabdingbar. Da Rechenzentren in verschiedenen Größen und Konstellationen denkbar sind und unterschiedliche Anforderungen und Auswirkungen haben können, ist eine Unterscheidung nach Größe der Anlage erforderlich, um diese Aspekte im Rahmen der Raumordnung angemessen zu berücksichtigen.

**Abg. Christoph Müller/Neos** kritisiert die vorliegende Rechenzentren-Strategie. Für seine Partei erfordere die seit Jahren absehbare Notwendigkeit von Rechenzentren aufgrund von KI und Digitalisierung nicht nur die Änderung des Raumordnungsgesetzes, sondern auch einen massiven Netzausbau. Es gebe große Nachfrage nach neuen Technologien und Infrastrukturen, denn wo Daten liegen, entstünden in Zukunft auch Arbeitsplätze und Wertschöpfung.

Für **Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne** biete das Gesetz die Chance, im Wettbewerb mit amerikanischen Konzernen nicht abgehängt zu werden. Die Abgeordnete gibt aber zu bedenken, dass Rechenzentren einen enormen Wasserverbrauch hätten und massive Energiefresser seien. Im Hinblick auf den Flächenbedarf sei eine Unterstützung und Beratung der Gemeinden durch die Abteilung Raumordnung notwendig. Im Gegensatz zum Burgenland merkt sie kritisch an, gebe es im Hinblick auf Beschleunigungsgebiete für erneuerbare Energie in NÖ solche nur für PV-Anlagen, nicht aber für Windenergie.

Erst vor kurzem habe man das Raumordnungsgesetz diskutiert und novelliert, meint **Abg. Christian Samwald/SP** und kritisiert daher die abermalige Novellierung, die unausgoren sei und nichtnachvollziehbare Kriterien aufweise. Obwohl er die Wichtigkeit der Materie anerkenne, werde seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen, vor allem auch, weil dieser zu kurzfristig eingbracht worden sei.

Bei der vorliegenden Gesetzesänderung gehe es um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Niederösterreich sei laut **Abg. Dieter Dörner/FP** das erste Bundesland, das Rechenzentren in einen rechtlichen Rahmen stelle. In der neuen Novelle fänden auch der Schutz von landwirtschaftlichen Flächen und die duale Nutzung der Abwärme besondere Berücksichtigung. Ein weiterer positiver Aspekt: Für laufende Verfahren gebe es jetzt auch klare Regeln.

Rechenzentren seien für **Abg. Marlene Zeidler-Beck/VP** Grundvoraussetzung für Digitalisierung und damit für die Wettbewerbsfähigkeit. Sie seien heutzutage die unsichtbare Struktur der gesamten Wirtschaft und weltweit würden daher Rechenzentren errichtet. Nur so könne ein Staat resilient bleiben und Versorgungssicherheit garantieren. Daher sehe sie in der heutigen Novelle einen wesentlichen Schritt zur Umsetzung der NÖ Rechenzentren-Strategie. Durch klare Regeln würden in Zukunft auch Nutzungskonflikte vermieden. Ein wirksamer Interessensausgleich, eine zentrale Steuerung, ein Mitspracherecht der Gemeinden sowie klare Ansprechpartner und Verbindlichkeiten für Unternehmen, würden ihrer Meinung nach durch diese Gesetzesnovelle gewährleistet.

#### **Zusatzinformationen:**

[Novelle des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014: Eine neue Sonderraumordnung für Rechenzentren - E+H Rechtsanwälte GmbH, 27.04.2026](#)

[Neue Perspektiven für Gemeinden in der Raumplanung – NÖ Gemeindebund, 04.03.2026](#)

[Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014 \(NÖ ROG 2014\), NÖ Landtag, 23.10.2025](#)

[TO-Punkt 6: Antrag mit Gesetzesentwurf betreffend Änderung des NÖ Spitalsärztegesetzes 1992 \(NÖ SÄG 1992\)](#)

Link zu [Antrag](#); Link zum [Gesetzesentwurf](#);

#### **Auszug aus dem Antrag:**

Mit dem Bundesgesetz, mit dem das Ärztegesetz 1998 geändert wird, [BGBl. I Nr. 21/2024](#), wurde die gesetzliche Grundlage für die Einführung des **Facharztes für Allgemeinmedizin und Familienmedizin** geschaffen. Das Aufgabengebiet des neuen Sonderfaches umfasst die **ganzheitliche, kontinuierliche und koordinative medizinische Betreuung** des gesamten menschlichen Lebensbereichs, was auch durch den Zusatz „Familienmedizin“ im Titel zum Ausdruck kommen soll.

Die Novelle dient der Umsetzung des neuen **Sonderfaches „Allgemeinmedizin und Familienmedizin“** im NÖ SÄG 1992 entsprechend den bundesrechtlichen Vorgaben. Damit werden Qualifikationen, Einsatzgebiete und die Einstufung als Oberarzt rechtlich klar definiert. Weiters soll die Auszahlung des Umstellungszuschlags für die Kalenderjahre 2026 und 2027 verlängert werden.

**Abg. Edith Kollermann/Neos** betrachtet diese Gesetzesänderung nicht nur als echte Aufwertung, sondern vor allem auch als wichtigen Schritt in Richtung eines leistungsfähigeren Gesundheitssystems. Für sie sei die Allgemeinmedizin das Rückgrat der Medizin und mit der Aufwertung zum Facharzt würde diese Rolle nun entsprechend gewürdigt.

Für **Abg. Andreas Bors/FP** müsse Allgemeinmedizin jene Wertschätzung bekommen, die ihr tatsächlich zustehe. Seiner Meinung nach würden diese Fachärzt\*innen Abteilungen entlasten und Wartezeiten verkürzen helfen, was wiederum im Interesse aller sei.

Familienmedizin bedeute für **Abg. Lukas Michlmayr/VP** mehr als nur die medizinische Versorgung. Diese Reform sei ein klares Zeichen für eine ganzheitliche Sicht und sei nicht nur auf einzelne Symptome fokussiert.

#### **Zusatzinformationen:**

[Spitalsärztegesetz - Ärztinnen- und Ärztekammer für Niederösterreich](#), Ärztekammer für NÖ, 2026

[BGBl. I Nr. 21/2024: 21. Bundesgesetz: Änderung des Ärztegesetzes 1998 \(NR: GP XXVII IA](#)

[3865/A AB 2437 S. 252. BR: 11418 AB 11423 S. 964.](#)); [RDB Rechtsdatenbank](#), 28.03.2024

### **TO-Punkt 7: Antrag gemäß § 34 LGO 2001 betreffend Gesundheitsplan 2040+: 24/7 Akutversorgung in Gänserndorf**

Link zum ursprünglichen [Antrag der Grünen betreffend Fortbestand einer 24/7 Akutversorgung in Gänserndorf](#); Link zu [§34-er Antrag des Gesundheitsausschusses](#).

Nach der Berichterstattung durch **Abg. Dominic Hörlezeder/Grüne** ergreift **Abg. Edith Kollermann/ Neos** kurz das Wort. Sie wundert sich, dass die Grünen für Gänserndorf etwas forderten, das sie für Gmünd ablehnten und meint, sie würden noch nach ihrer Position suchen. Weiters stellt sie fest, der §34-Antrag des Gesundheitsausschusses sei eine allgemein gehaltene Aufforderung einer achtsamen und qualitätvollen Umsetzung zur Etablierung einer hochwertigen und adäquaten Versorgung und kündigt an, dass ihre Fraktion diesem Antrag zustimmen werde.

**Abg. Silvia Moser/Grüne** drückt zuerst ihren Ärger über die Worte ihrer Vorrednerin aus und stellt dann fest, es zeige sich, dass die Forderungen ihrer Fraktion bezüglich Evaluierung und Neubewertung des „[Gesundheitsplans 2040+](#)“ absolut notwendig seien. Sie geht dann auf das medizinische Zentrum Gänserndorf ein, das laut Gesundheitsplan gestrichen werden solle. Auch im „[Regionalen Strukturplan 2030](#)“ sei es nicht mehr vorhanden. Die Grünen hätten sich der Sache angenommen, da dies eine massive Verschlechterung für die Bevölkerung sei, auch wenn es in Gänserndorf mit diesem Zentrum Unzufriedenheit gebe. Es beherberge aber andererseits einige Leistungen, die für die Bevölkerung wichtig seien. Die Grünen hätten die Sicherstellung einer 24/7 Akutversorgung beantragt. Die ÖVP sei jetzt offenbar aufgewacht und die Etablierung eines Ambulatoriums beweise, dass die Grünen mit ihrem Antrag rich-

tig gelegen seien. Sie ärgere sich, dass über ihre Fraktion zuerst drübergefahren worden sei, man ihnen dann Angstmache unterstellt habe, dann erkenne man die eigenen Fehler, um dann die Forderungen der Grünen praktisch eins zu eins zu übernehmen.

Im Text des §34-Antrags fehle aber die ausdrückliche Rund-um-die-Uhr-Versorgung. Sie bringe deshalb einen Abänderungsantrag für Punkt 2 des Ausschussantrags ein und ersuche um Unterstützung: „Die Landesregierung wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass die im Gesundheitsplan zugesicherte 24/7 Erstversorgung erfüllt und abgesichert wird“.

Als nächster Redner drückt **Abg. René Zonschitz/SP** seine Zufriedenheit damit aus, dass im Weinviertel das medizinische Zentrum in Gänserndorf erhalten bleibe und ein Primärversorgungszentrum kommen solle. Dies sei ein erster und wichtiger Schritt in die richtige Richtung für die Gesundheitsversorgung des Bezirkes Gänserndorf. Es sei für ihn und seine Fraktion aber klar, dass die Rund-um-die-Uhr-Akutversorgung bleiben müsse und diese nicht in Frage gestellt werden dürfe. Mit seiner Partei werde es keine Verschlechterungen oder Versorgungslücken geben. Es müssten gleichwertige Alternativen angeboten werden, bevor es Veränderungen gebe.

Der Bezirk Gänserndorf sei einer der am stärksten wachsenden Bezirke Österreichs. Es brauche daher ein abgestimmtes Gesamtkonzept – eine Gesundheitsregion Ost, die überregional denke und den Menschen eine verlässliche und moderne Versorgung biete. Es müsse Schluss damit sein, dass die Postleitzahl im schlimmsten Fall über Tod oder Leben eines Menschen entscheide. Eine Gesundheitsregion über die Landesgrenzen hinaus schaffe Sicherheit, Vertrauen und die notwendige Grundversorgung für die Menschen in der gesamten Ostregion.

Und dann kann sich der Abgeordnete einen Seitenhieb auf **Abg. Krismer-Huber** nicht verkneifen, der er die Kritik am SP-Landesrat und

das Lob ihrer eigenen Leistungen im Bezirk Gänserndorf vorwirft. Sie könne gerne bei der Beseitigung des Chaos mitwirken, das die frühere Ministerin Gewessler durch die fünfjährige Verzögerung der S8 verursacht habe. Alles andere im Bezirk könnten sie selbst erledigen. Tausende Leute würden dort tagtäglich im Stau stecken. Zu behaupten, man habe das Ohr an den Menschen, sei daher ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die dort wohnen und eine Frechheit.

Auch der **FP-Abgeordnete Richard Punz** hält fest, dass die 24/7 Akutversorgung auf [Basis bundesrechtlicher Gesundheitsplanungsvorgaben](#) des Österreichischen Gesundheitsplans auch für den Bezirk Gänserndorf sichergestellt und zu keinem Zeitpunkt gefährdet gewesen sei.

Es sei weiters im Gesundheitsplan 2040+ verankert, dass die Erstversorgung auch für Notfälle zu errichten sei. Es bestünde kein Anlass, die 24/7 Akutversorgung in Frage zu stellen. Es gebe Gespräche auch mit der Standortgemeinde und mit dem vorliegenden §34-Antrag werde unterstrichen, dass die im Gesundheitsplan 2040+ zugesicherte Versorgung auch umgesetzt werde.

Als Bürgermeister und Abgeordneter des Bezirkes Gänserndorf spricht als letzter Redner **Abg. René Lobner/VP** und ätzt in Richtung **Abg. Krismer-Huber** wegen ihrer Aussendung, in der es heißt, „[Grüne Hartnäckigkeit rettet Standorte wie Gänserndorf](#)“ und er frage sich, was sie dazu beigetragen habe. Er wirft der Abgeordneten vor, etwas zu fordern und zu behaupten, an der Seite der Bevölkerung zu stehen, jedoch dem Gesundheitsplan 2040+ nicht zugestimmt zu haben. Nicht sie habe den Standort gerettet, sondern er sei monatelang unzählige Male gemeinsam mit seiner Stadträtin mit der LGA, mit dem NÖGUS, mit der Krankenkasse, mit Ärzt\*innen zusammengesessen, habe mit der Bevölkerung gesprochen und man habe Pläne geschmiedet. Nun sei er

über den Beschluss froh und stolz für das Weinviertel, denn dieser sei zukunftssträftig. Der Abgeordnete kritisiert weiters die Verbalangriffe von *Abg. Krismer-Huber* und *Abg. Moser* gegen ihre *Neos-Kollegin Kollermann*, wofür *Abg. Moser* auch einen sanften Ordnungsruf bekommen hat und ruft dazu auf, sich nicht auf dieses Niveau hinunterzugeben, nur um Schlagzeilen zu produzieren. *Abg. Lobner* ersucht auch um Unterstützung bei der Gastpatient\*innen-Problematik und bei der Lösung der S1 und S8-Verkehrsproblematik, mit denen die Grünen die Region seit Jahren gequält und die Straßenprojekte mit Hilfe der grünen Ministerin blockiert hätten. Dadurch sei auch die Sicherheit im Bezirk beeinträchtigt, denn auch die

Rettungsorganisationen seien auf den Straßen unterwegs.

#### **Zusatzinformation**

[Medizinisches Zentrum Gänserndorf, LGA 2026](#)

[Polit-Gefecht - Wem hat Gänserndorf sein künftiges Ambulatorium zu verdanken? - NÖN.at, 29.04.2026](#)

[Helga Krismer: „Gesundheitschaos 2040+ stoppen – Grüne Hartnäckigkeit rettet Standorte wie Gänserndorf“, PA, 21.04.2026](#)

[„In Planung“ - Gesundheitsplan-Update weist Gänserndorf fix ein Ambulatorium zu - NÖN.at, 20.04.2026](#)

[Erstversorgung - Grüne: „Gänserndorf ist der weiße Fleck auf der NÖ-Landkarte“ - NÖN.at, 17.04.2026](#)

[Nach Grünen-Kritik - Gesundheitsplan in Gänserndorf: „Wir brauchen keine Zwischenrufe“ - NÖN.at, 01.04.2026](#)

\*\*\*\*\*

#### **Quellen für diese Ausgabe der IMPRESSIONEN**

- Analyse der Videobeiträge der LT-Sitzung
- div. Medienberichte

#### ***Nachzuhören: Gesamtvideo der Landtagssitzung***

[37. Landtagssitzung – 23.04.2026 \(XX. GP\) – NÖ Landtag](#)

#### ***Nachzulesen:***

[Niederösterreichische Landeskorespondenz - \*Landtag aktuell\*, 23.04.2026](#)

### **Nächste Landtagssitzung:**

**Do 28.05.2026, 13 Uhr,**

**Leopoldsaal, Haus 1A**

20 Plätze für Besucher\*innen, Platzreservierung jedoch nicht möglich.

Siehe: [https://www.noel.gv.at/noe/Schluesseluebergabe\\_fuer\\_Ausweichquartier\\_des\\_NOel\\_Landtag.html](https://www.noel.gv.at/noe/Schluesseluebergabe_fuer_Ausweichquartier_des_NOel_Landtag.html)